

## **Deutsche Verantwortung in Nahost – Einige höchstpersönliche Anmerkungen –**

**von Reiner Bernstein<sup>1</sup>**

In der katholisch getragenen Münchner Hochschule für Philosophie diskutierten am 24. Oktober 2014 vier Experten zum Thema „Verantwortung für was und wen? Deutsche Außenpolitik und der israelisch-palästinensische Konflikt“. Als Eindruck vorweg: Berlin sollte darauf achten, dass die Entsendung eines hohen Repräsentanten nicht in eine Alibiaktion zugunsten des Programms „Review 2014 – Außenpolitik weiter denken“ abrutscht und sich auch hier die „Strategie“ der Kanzlerin erfüllt, lediglich *„auf Sicht zu fahren“*.

So stellte Botschafter Miguel Berger, ehemals Leiter der deutschen Vertretung in Ramallah und heute Nah- und Mittelostbeauftragter des Auswärtigen Amtes, von vornherein klar, dass es aufgrund der Shoah eine deutsche Äquidistanz in den Beziehungen zu Israel und den Palästinensern nicht geben könne, und definierte das Postulat der Sicherheit des Staates Israel ausschließlich in den bekannten militärischen Kategorien Washingtons: *„Die USA garantieren die Israels Existenz durch ihre Waffenlieferungen.“* Kein Einwand verfiel, dass der normative Begriff der Verantwortung die zentralen Ziele einer politischen Friedensordnung nicht aus den Augen verlieren dürfe.

Dabei dürfte sich sehr wohl das amtliche Nachdenken darüber lohnen, ob der Frieden für Israel ohne den Frieden für die Palästinenser zu haben ist und ob dazu die Staatsräson-Doktrin Angela Merkels vom März 2008 nur für die Grenzen Israels innerhalb

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 25. Oktober 2014.

der Grünen Linie zwischen 1949 und 1967 gelten kann – selbstverständlich unter Mitwirkung des Bundestages.

Ist es von der deutschen Diplomatie zu viel verlangt, im Parlament eine Erklärung zur territorialen Reichweite der deutschen Staatsräson abzugeben und im UN-Sicherheitsrat dafür zu sorgen, dass sich aus der Erkenntnis des schicksalhaften Zusammenlebens beider Völker auf jenen 26.000 Quadratkilometern zwischen Mittelmeer und Jordan das politisch auszugestaltende Desiderat ihrer nationalen Koexistenz ableiten muss?

Stattdessen vernahm das aus vorwiegend (und erfreulicherweise!) jungen Leuten bestehende Publikum, und zwar entgegen aller substantiellen Evidenz vor Ort, das Mantra von der Zwei-Staaten-Lösung mit einer palästinensischen Hauptstadt in Jerusalem, auch wenn die Bundesregierung die fortlaufenden Interventionen der israelischen Regierung hier und in der Westbank missbillige. Im Hebräischen käme man um die resignative Kommentierung „*meile*“ – „*soll sein*“ – nicht herum.

Zur kritischen Bemerkung, aus den ihnen zugeflossenen Milliardenbeträgen hätten die Palästinenser mehr machen können, mag nach den Zerstörungen im Gazastreifen die Warnung John Kerrys auf der jüngsten Geberkonferenz in Kairo dienen, dass die internationale Gemeinschaft in sechs Jahren zum vierten Mal gezwungen sei, die von Israel verursachten Schäden zu bezahlen.

### Seltsame Verkürzungen

In München wäre es wohl auch keine Zumutung gewesen, wenn ein Wort vernommen worden wäre zu den gerade verkündeten „roten Linien“ der Europäer nach der Verletzung des Status quo auf dem Tempelberg/Noblem Heiligtum, der ständigen Vermehrung der

Wohneinheiten für die jüdische Bevölkerung in Ost-Jerusalem und der zwangsweisen Umsiedlung von 12.000 Beduinen ins Jordantal.

In Berlin sollte man sich also nicht darüber wundern, dass unter den Palästinensern die politische Stimmung gegen die Europäer und die USA gen Null tendiert und dass immer häufiger in den israelischen Medien entweder bedauernd oder höhnisch empfohlen wird, „*die da draußen*“ sollten sich ihre Ratschläge künftig sparen. Der hierzulande übliche Verweis auf den „*heftigen Diskurs*“ im öffentlichen Leben Israels geht dem Faktum aus dem Wege, dass er bei Benjamin Netanjahu und seinem Kabinett auf taube Ohren stößt.

Botschafter und Militärs müssen wohl erst in den Ruhestand eingetreten sein, um ihrer Regierung auf die Finger zu klopfen. Die prominentesten Beispiele hierfür sind die Botschafterin bei den UN Gabriela Shalev und Botschafter Alon Liel in Pretoria. Im Übrigen scheint sich bei denen, die Israels Demokratie und Rechtsstaat unverdrossen im Munde führen, noch immer nicht herumgesprochen zu haben, dass solche Ansprüche und die Besatzung mit ihren Folgeerscheinungen einen Widerspruch in sich bilden.

Bemerkenswerterweise wurde über die in die Politik eingedrungenen religiösen Potenzen im Judentum und im Islam kein Wort verloren, obwohl allein das Beispiel Jerusalem lehrt, dass ohne eine beide Parteien befriedigende Regelung für die Heilige Stadt jeder andere Kompromiss hinfällig wäre. Während die Muslime auf ihrer 1.400 Jahre alten Verbindung zu Jerusalem mit dem „Felsendom“ – von hier aus soll der Prophet gen Himmel geritten sein – beharren, spricht die 14. jüdische Seligpreisung von der Herrschaft Gottes über das Land Israel im Zentrum der Welt, von Jerusalem als Zentrum des Heiligen Landes und vom Tempel auf dem Berg Moriah im Zentrum Jerusalems. „*Der Weg zum Frieden beginnt in Jerusalem, der Stadt Gottes auf Erden, und die Stadt der Huldigung aller himmlischen*

*Religionen*“, schrieb vor einigen Jahren eine palästinensische Politikerin.

Zudem sollte die Berliner Initiative mehr denn je die tiefe Krise zwischen jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels in den Blick nehmen. Für die Vielfalt der Asymmetrien sprechen die notorische Unterfinanzierung der arabischen Kommunen und nunmehr die Heraufsetzung der Sperrklausel von 2 auf 3,5 Prozent als Voraussetzung für den künftigen Einzug in die Knesset. An der Gleichstellung der arabischen Staatsbürger hängt auch die Glaubwürdigkeit der Politik Netanjahus und seiner informellen Verbündeten im Ausland gegenüber den unter militärischer und Siedlerbesatzung lebenden Palästinensern.

-----